

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/113

Bonn, den 20. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>De Gaulle und Deutschland</u> Der Besuch des französischen Staatspräsidenten in der UdSSR	48
2	<u>Im Kreuzfeuer</u> Zum Echo auf die Barzel-Rede in New York	48
3 - 3a	<u>Undurchsichtige Wohnungspolitik</u> Folgen eines nicht durchdachten Planes Von Klaus Rusticus	90
4	<u>Hessen will Gefälle zwischen Stadt und Land abbauen</u> Modellversuche ermöglichen wirksame Förderungsmaßnahmen	46
5	<u>Kampf gegen den Krebs... in New York</u> Ermutigende Erfolge als Ergebnis ständiger Warnungen Von unserem HA-Korrespondenten in New York	42
6	<u>Spaniens Innenpolitik gerät in Bewegung</u> Die Zukunft wird "höchstwahrscheinlich" bald entschieden Von unserem HDL-Korrespondenten in Madrid	43

De Gaulle und Deutschland

Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten in der UdSSR

sp - Die Regierenden in Moskau werden dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle einen großartigen Empfang bereiten. Die Gesprächsthemen und das Reiseprogramm des französischen Gastes lassen der Phantasie des Beobachters dieses gewiß nicht unwichtigen Ereignisses jeden Spielraum. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß man sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in der sowjetischen Besatzungszone Gedanken darüber macht, in welcher Form der französische Staatspräsident das Deutschlandproblem und die Fragen der europäischen Sicherheit ins Spiel bringen wird. In Pankow und in den anderen Hauptstädten des Warschauer Paktes lobt man de Gaulle hauptsächlich deswegen, weil er durch den Auszug Frankreichs aus der NATO "als Realpolitiker und weitblickender Europäer" der Moskauer Diplomatie einige Arbeit abgenommen zu haben scheint. Ob diese Art von Vorschußlorbeeren tatsächlich der Rolle entsprechen, die de Gaulle am Zenit seiner politischen Laufbahn zu spielen gedenkt, ist noch nicht sicher.

Das offizielle Bonn begleitet den französischen Staatspräsidenten mit guten Wünschen auf dessen Reise nach Moskau. Wenn die Behauptung richtig ist, Bundeskanzler Erhard habe den französischen Staatspräsidenten in einem Schreiben darum gebeten, er möge in Moskau für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes eintreten, so dürfte es sich hierbei mehr oder weniger um eine Pflichtübung der Bundesregierung handeln, zumal de Gaulle stets betont hat, jedes Volk müsse sein Schicksal selbst bestimmen können. Auf diplomatischem Wege hat denn auch die französische Regierung die Bundesregierung wissen lassen, de Gaulle werde sich in Moskau selbstverständlich für das Recht des deutschen Volkes einsetzen, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Bei dem nun schon seit langer Zeit anhaltenden Durcheinander in der offiziellen deutschen Außenpolitik verwundert es nicht, daß aus Bonner Regierungskreisen verlautete, man sei in jeder Beziehung gewiß, daß der französische Staatspräsident in Moskau "die deutschen Interessen wahrnehmen" werde.

- * Die Sozialdemokratische Partei ist gewiß nicht uninteressiert
- * daran, daß zwischen Moskau und Paris auch über europäische Si-
- * cherheitsprobleme gesprochen wird. Für die SPD besteht jedoch
- * kein Anlaß, dem französischen Staatspräsidenten eine Art Pro-
- * kura für die deutschen Angelegenheiten zu geben. De Gaulle
- * sieht - wie jeder weiß - die europäischen und damit auch die
- * deutschen Probleme in sehr weiten Perspektiven. Vieles von dem,
- * was er laut zu denken pflegt, mag durchaus realistisch und, auf
- * lange Sicht, möglicherweise auch zu erstreben sein. In freier
- * Teil Deutschlands sind wir jedoch verpflichtet, j e t z t schon
- * alles zu tun, was ein weiteres Auseinanderlösen der beiden Teil-
- * Deutschlands verhindern kann und was dazu beiträgt, das
- * Schicksal der Menschen im unfreien Teil Deutschlands schon
- * j e t z t zu erleichtern.

Um das zu ermöglichen, muß die deutsche Politik in gewissen Situationen auch kurzfristig handlungsfähig sein. Jede noch so gut gemeinte Planung auf lange Sicht enthebt uns nicht der Aufgabe, heute und morgen schon das zu tun, was notwendig ist.

Im Kreuzfeuer

Zum Echo auf die Barzel-Rede in New York

sp - Was muß in einem Manne vorgegangen sein, der noch vor wenigen Wochen den deutschen Politikern den Rat gab, in Fragen der Deutschlandpolitik sich mehr Schweigen aufzuerlegen? Gemeint ist der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien, Dr. Rainer Barzel. Er selbst hat sich an die Empfehlung, die er anderen gab, nicht gehalten und in New York seine aufsehenerregenden, Schlagzeilen der Weltpresse machenden Vorschläge zur Deutschlandpolitik entwickelt. Seine Ideen sind nicht gerade neu. Sie lagen und liegen gewissermaßen in der Luft, aber von einem führenden Manne der Unionsparteien vorgetragen, wirken sie spektakulärer. Es sind dies in den Augen und Ohren vieler Unionspolitiker geradezu ketzerische Gedanken, wobei es in diesem Zusammenhang ohne Belang ist, ob sie nur dem Kopf Barzels entsprungen sind oder ein Produkt von Überlegungen mit manchen seiner Parteifreunde sind. Allzu viele können es nicht sein. Rainer Barzel mußte schon ob seiner Rede viel Unmut aus den eigenen Reihen hinnehmen. Das Präsidium seiner Partei hat sich ausdrücklich davon distanziert, und es regen sich mächtige Kräfte, diese Rede als Eintagsfliege abzutun und ihr jede Bedeutung abzusprechen.

Sicherlich ist manches daran auszusetzen. Viel Speklatives und Illusionäres hängt ihr an, es fehlt ihr der konkrete Bezug zu den Realitäten, auch ließ sie schon die Befürchtung aufkommen, so etwas wie ein neues Rapallo könne sich an - eine grundlose Befürchtung. Denn dies hat Barzel bestimmt nicht gemeint. Doch hat es wohl wenig Sinn, an seinen Gedankengängen herumzudeuten und sie auf den Soziertisch zu legen; die Bedeutung dieser Rede liegt allein darin, daß sie von einem führenden Unionspolitiker gehalten wurde, daß sie Talas durchbrach und die Welt aufhorchen ließ.

Auch in der Bundesrepublik regen sich die Geister, die versuchen, die sich vollziehenden Veränderungen um Deutschland in ein Konzept zu bannen, das der Deutschlandpolitik neue Antriebe und Impulse gibt und sie befähigt, erstarrte Bahnen zu verlassen und unbrauchbar gewordene Formen wegzulegen. Dieses Suchen nach neuen Wegen in einer sich verändernden Welt bleibt nicht auf die Opposition beschränkt, es erfährt auch weite Bereiche der Unionsparteien; diesen Prozeß zu harmonisieren, diesem ein Höchstmaß von Effektivität zu geben, drängt sich nun als unausbleibliche Folgerung auf.

Rainer Barzel selbst hat den von Willy Brandt gemachten und in der ersten Reaktion von den Unionsparteien abschlägig beschiedenen Vorschlag der Bildung eines Deutschen Rates - wie man auch immer dieses Gremium nennen mag - gewollt oder ungewollt, starken Antrieb gegeben. Denn wie anders als nur durch die Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik lassen sich Existenzfragen der Nation lösen und ein Maximum an Wirkungsmöglichkeiten erzielen? Alleingänge einzelner Persönlichkeiten oder einzelner Parteien müssen schon in den Anfängen stecken bleiben. Barzels Auftritt in New York könnte vielleicht, so wäre wohl zu hoffen, den Schutt wegräumen, der noch zwischen den Parteien auf dem Wege zu einer wirkungsvollen, zu neuen Ufern hin-strebenden, den Realitäten der 66er Jahre entsprechenden gemeinsamen Deutschlandpolitik liegt.

Undurchsichtige Wohnungspolitik

Von Klaus Rusticus

Obwohl die Mittel für den staatlich geförderten Wohnungsbau erheblich gekürzt worden sind und von der westdeutschen Bauwirtschaft eine drohende Unterbeschäftigung in diesem Jahre befürchtet wurde, dauerte der Bauboom auch im Frühjahr 1966 an. Diese Feststellung ist geradezu sensationell! Wie kam es zu einer solchen Entwicklung? Wird man der andauernden "Bauwut" Einhalt gebieten können?

Es sprach zunächst manches dafür, daß sich der Bauboom einer Grenze näherte, und zwar aus folgenden Gründen:

- * Das 1948/49 amtliche festgestellte Defizit von ca. 5 Millionen
- * Wohnungen in der Bundesrepublik ging nach Aufhebung der öffentli-
- * chen Wohnungsbewirtschaftung aufgrund des Lückeplans auf einen
- * rechnerischen Fehlbestand von ca. 200 000 Wohnungen Ende 1966
- * zurück.
- * In das laufende Jahr mußte ein Überhang von ca. 600 000 Wohnun-
- * gen, die 1965 in der Bundesrepublik begonnen worden sind, in die
- * laufende Bausaison hinübergenommen werden. Theoretisch hätten die-
- * se beiden Fakten eine Drosselung der Baukonjunktur herbeiführen
- * müssen. Praktisch schienen sich durch die rigoros verteuerte Bau-
- * finanzierung zunächst unüberbrückbare Hindernisse in den Weg zu
- * stellen.
- * Bei den Pfandbriefinstituten, die früher als wichtigste Träger der
- * langfristigen Baufinanzierung in Betracht kamen, wurde schon 1965
- * der Durchschnittszins für ihre Restfinanzierungsmöglichkeiten am
- * Kapitalmarkt erhöht, was der Kreditnehmer zu tragen gezwungen war.
- * Die Baulandpreise zeigen eine noch immer steigende Tendenz.
- * Die Kosten je Kubikmeter des umbauten Raumes stiegen von 1950 bis
- * 1965 um 219 Indexpunkte.
- * Trotz des verhältnismäßig frühzeitigen Baubeginns lag der Bau-
- * preisindex für das Wohngebäude in diesem Jahr wiederum um 3,6
- * Prozent über dem zeitlich vergleichbaren Stand des letzten Jahres.

In den letzten Geschäftsberichten der Bausparkassen ist das Geheimnis des andauernden Baubooms zu finden: Sie haben - anstelle der Pfandbriefinstitute - ganz entscheidend die Trägerschaft für die Baufinanzierung übernommen, "assistiert" von Sparkassen und Lebensversicherungsgesellschaften. Es deutet zunächst viel darauf hin, daß sie auch in Zukunft als wichtigste Träger der Baufinanzierung in Betracht kommen werden.

Die Erwartungen, die man oftmals in den Lückeplan - einmal volkswirtschaftlich, zum anderen wohnungspolitisch - setzte, trafen bis dato nicht ein. Aufgrund des statistischen Fehlbedarfs, aber auch des Überhangs von 1966 her hätte eine spürbare Dämpfung der Baukonjunktur eintreten müssen. Ein - nach den amtlichen Zahlenwerten zu folgern - schon solides Verhältnis von Angebot und Nachfrage hätte aber auch bereits zu einer gewissen Solidität im Mietpreisgefüge, vor al-

lem aber auch zur Vermeidung sozialer Härten besonders bei älteren Menschen führen müssen, die sich plötzlich vor die Tatsache gestellt sahen, daß sie nach Aufhebung der Bindung ihrer Wohnung eine Kündigung erhielten.

So erfreulich aus der Sicht der Wohnungsbaupolitik der andauernde Bauboom ist, so erhebt sich aber auch die Frage, ob er bei dem gegenwärtigen Finanzierungsstatus entscheidend und im echten Sinne (nicht rechnerisch) zur Beseitigung noch vielerorts vorhandener Wohnungsmengellagen beitragen wird. Angesichts der heute noch nicht abzuschenden finanziellen Förderungsmaßnahmen von Bund und Ländern, der verstärkten Eigentumsbildung und überhaupt der gezielten Wohnungsbauförderung mit Schwerpunkten für bestimmte Gebiete und Personengruppen ist das heute jedenfalls für den allgemeinen Wohnungsmarkt zu verneinen.

Wohnungswirtschaftler wissen, daß die Kapitalkosten einen noch entscheidenderen Anteil an der Mietpreisbildung haben, aber auch eine Art von künstlicher Zweckgebundenheit auslösen werden, weil es in mehr als 500 "weißen Kreisen" von den 565 westdeutschen Landkreisen und Kreisfreien Städten keine Wohnungsbewirtschaftung mehr gibt.

Weitere Planungen im Wohnungsbau werden nicht nur vom Bedarf, sondern vor allem von der Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt bestimmt. Die Chancen sind gegenwärtig gering, wenn auch der Bauboom in diesem Frühjahr andauerte. Die Wohnungspolitik ist, das wird heute überall in der Bundesrepublik von Wohnungsunternehmen bestätigt, undurchsichtig geworden. Die unterschiedliche Behandlung der Wohnungsgruppen nach den letzten Gesetzen führte zur Verzerrung des Mietengefüges. Mieten für Altbauwohnungen liegen z.B. teilweise höher als Mieten für Neubauwohnungen, die bis 1957 erstellt wurden. Eine Miete anzustreben, die sich nach dem Wohnwert richtet, wird überwiegend Genossenschaften oder Gesellschaften obliegen, die den Status der Gemeinnützigkeit haben.

Die andauernde "Bauwut" ist keine Garantie für einen auch nur in einigen Jahren zu verwirklichenden gesunderen Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik.

* * *

Der von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte Gesetzentwurf über eine Reform des Mietrechts hätte einen konstruktiven Weg gewiesen, um bei dem derzeitigen Durcheinander auf dem Wohnungsmarkt wenigstens eine beruhigende Tendenz einströmen zu lassen. Wenn die Koalitionspartner diesem Entwurf entschieden Widerstand entgegensetzten, weil sie darin eine Wiedereinführung des Preisstopps "durch die Hintertür" befürchteten, dann war dies letztlich die beste Beweisführung für das wohnungspolitische Durcheinander, dessen Ursache im Lückeplan zu finden ist und deren Wirkung sich noch durch die Kürzungen im sozialen Wohnungsbau erhöhen werden. Selbst wenn der staatlich geförderte Wohnungsbau nicht weiter absinken würde, wäre das heutige Dilemma auf dem Wohnungsmarkt einschließlich aller mietrechtlichen Folgeerscheinungen nicht beseitigt.

+ + +

Hessen will Gefälle zwischen Stadt und Land abbauen

Modellversuche ermöglichen wirksame Förderungsmaßnahmen

sp - Zu den Zielen der umfassenden Strukturpolitik im Lande Hessen gehört die Verbesserung der Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes. Ein besonderes Gewicht kommt dabei der Förderung jener Landesteile zu, die abseits der wirtschaftlichen Verdichtungsgebiete liegen. Dabei geht es vor allem darum, das wirtschaftliche, soziale und auch kulturelle Gefälle zwischen der Stadt- und Landbevölkerung abzubauen und zu beseitigen.

So wie das Programm zur Industrieansiedlung im ländlichen Raum die materiellen Gründe und das Programm zur sozialen Aufrüstung des Dorfes die sozialen Gründe für die unerwünschte Wanderungsbewegung von ländlichen Gebieten in die Ballungszentren beseitigen sollen, laufen die Maßnahmen zur Neuordnung des Landerschulwesens und zur Förderung der ländlichen Kulturarbeit darauf hinaus, die kulturelle Stagnation und die zum Teil noch weniger günstigen Bildungschancen auf dem Lande als Gründe für die volkswirtschaftlich schädliche Abwanderung anzuschalten. Denn, so hat es Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn charakteristisch formuliert: Das Leben auf dem Lande soll lebenswert sein!

In seiner Regierungserklärung hat der Ministerpräsident darüber hinaus unmißverständlich erklärt:

- * "Durch ein neues Programm zur kulturellen Aufrüstung des Dorfes wollen wir dem dörflichen Menschen den Anschluß an die neue Zeit vermitteln."

Zinn gab damit den Anstoß zu einem Programm, dessen Fernziel es ist, das kulturelle Gefälle zwischen Stadt und Land in Hessen zu beseitigen. Dabei sollen nicht einfach städtische Kulturformen auf das Land verpflanzt werden. Vielmehr geht es um die Anregung und Förderung des eigenständigen ländlichen Kulturschaffens. Damit dem städtischen Kulturgut ein spezifisch ländliches Kulturgut gleichwertig gegenübersteht wird. Das Programm zur Förderung der ländlichen Kulturarbeit ist daher als eine strukturpolitische Sondermaßnahme zu betrachten.

Zur wirksamen Förderung des ländlichen Kulturschaffens aber ist eine Analyse erforderlich, die aufzeigt, welche eigenschöpferische kulturelle Arbeit bereits vorhanden und wie weit dieses Kulturschaffen zeitgemäß und entwicklungsfähig ist. Hessens Minister für Landwirtschaft und Forsten, Gustav Hacker, hat daher einen großzügigen Modellversuch veranlaßt, für den der Landtag in den Landeshaushalten von 1965 und 1966 jeweils 80 000 DM bewilligt hat.

Damit wurde bereits im vergangenen Jahr in den Kreisen Hersfeld und Rotenburg, Fulda eine dreijährige Modellarbeit begonnen die Aufschluß darüber geben wird, wo und auf welche Weise Förderungsmaßnahmen angesetzt werden können. Die hessischen Erfahrungen werden gewiß auch in anderen Teilen der Bundesrepublik beachtet - und vielleicht auch genutzt werden.

Kampf gegen den Krebs... in New York

Ermutigende Erfolge als Ergebnis ständiger Warnungen

Von unserem HA-Korrespondenten in New York

Im Staate New York ist der heimtückische Gebärmutterhalskrebs praktisch ausgerottet worden. Die Todesfälle bei dieser Krankheit sind enorm zurückgegangen. New York steht hier so ziemlich an der Spitze in der Welt. Das liegt zunächst daran, daß man dort den Karzinom durch den Papanicolaou-Smear-Test sehr frühzeitig und im noch operablen Zustand entdeckt.

Pap-Smear-Test

Wie kommt es nun, daß sich in dieser Millionen-Stadt praktisch alle Frauen regelmäßig dem sogenannten Pap-Smear-Test unterworfen? Es geschieht deshalb, weil bei den Frauen seit sehr vielen Jahren der feste Eindruck besteht, sie seien im Interesse ihrer Gesundheit dazu verpflichtet. Dieser Eindruck wird durch eine umfassende Aufklärung in Zeitungen, Radio und Television erweckt. Hierbei wird zum Ausdruck gebracht, es sei eine staatsbürgerliche Verpflichtung, im Interesse der eigenen Gesundheit regelmäßig den Arzt aufzusuchen.

Die Ausbildung der Ärzte und ihre Erziehung vor allem im Staate New York hat diese an die Verpflichtung gewöhnt, bei der allgemeinen Untersuchung einer Frau auch die gynäkologische Untersuchung mit dem Pap-Smear-Test einzuschließen. Daneben stehen in den gemeindlichen Untersuchungscentren und in den Kliniken Einrichtungen zur Verfügung, die sich schon sehr lange auf die Frühentdeckung von Karzinomen konzentrieren. Auch hier ist wieder der Pap-Smear-Test bei der gynäkologischen Untersuchung eingeschlossen.

Freiwillige, aber fast lückenlose Kontrolle

Allein das Sloan-Kettering-Institut untersucht in jeder Woche 1 500 Patienten. Die Privatärzte der Riesenstadt schicken das Ergebnis des Pap-Smear-Tests an Pathologen in den verschiedenen Hospitälern. Der Preis für den Test beträgt fünf Dollar, die allgemeine Untersuchung, die sich auch auf Lunge, Brust, Darm und Blutbild erstreckt, fünf bis zehn Dollar. Es gibt aber auch Gesundheitscentren, bei denen die Untersuchungen unentgeltlich vorgenommen werden. Einzu kommt, daß diese Centren des Gesundheitsdienstes jede einmal untersuchte Frau jährlich schriftlich auffordern, zu einer erneuten Untersuchung zu kommen. So erhält man eine lückenlose und immer umfassendere Gesundheitskontrolle.

Dabei ist es für die Frauen New Yorks nicht die Frage, ob sie auch das Geld für die Untersuchung haben. Die Gesundheitsfürsorge steht obenan. Die Gesundheitsbehörde des Stadtstaates gibt den minderbemittelten Frauen eine Bescheinigung zu einer kostenlosen Untersuchung in einer Klinik. Und Kliniken, die das tun, gibt es in allen städtischen und philanthropischen Hospitälern. Weil die Frauen New Yorks durch die fortlaufende Aufklärung und den umfassenden Gesundheitsdienst sehr "karzinombewußt" sind, gelang es dort in den letzten Jahrzehnten, den Gebärmutterhalskrebs praktisch auszurotten.

Spaniens Innenpolitik gerät in Bewegung

Die Zukunft wird "höchstwahrscheinlich" bald entschieden

Von unserem HDL-Korrespondenten in Madrid

Es sind nicht nur die Studentenunruhen und der nun schon seit längerer Zeit bestehende Konflikt zwischen jungen katholischen Priestern und dem hohen Klerus in Spanien, die jetzt das Interesse der internationalen Öffentlichkeit auf Spanien gelenkt haben. Auch andere Anzeichen deuten darauf hin, daß Spaniens Innenpolitik in Bewegung geraten ist.

Referendum über die Verfassung?

Neuerdings wird immer häufiger das Problem der zukünftigen Verfassung Spaniens in der Öffentlichkeit diskutiert. Allerdings enttäuschte Spaniens Informationsminister Manuel Fraga Iribarne zunächst alle jene, die eine baldige Klärung der künftigen Staatsform erwartet haben. Spanien ist ein Königreich ohne König, doch erscheint die Monarchie heute auch für viele Spanier nicht mehr zeitgemäß.

Fraga-Iribana wies vor der Auslandspresse jene Berichte zurück, die davon sprachen, daß es bereits im Juli zu einer neuen Volksabstimmung über die staatliche Zukunft des Landes kommen werde. "Höchstwahrscheinlich innerhalb der nächsten zwölf Monate" wäre ein solches Referendum möglich, deutete der Minister an.

x Doch dies ist nur eine Seite der Medaille. Die andere: ist sich das monarchistische Lager einig? Ist das Régime noch immer ein monolithischer Block? Beide Fragen müssen verneint werden.

Ein vielbeachtetes Buch

Eine besondere Note erhält die in Gang gehaltene Diskussion um die staatliche Zukunft Spaniens durch die Buchmesse, die in diesen Tagen auf Madrids Prachtstraße, der "Castellana", veranstaltet wird. Rege Nachfrage besteht nach einem Buch, dessen Verfasser Javier M. de Bedoya, zu den brilliantesten Köpfen des heutigen Spaniens zählt. Die Themenstellung ist klar: "Die Probleme einer Verfassung - die Zukunft einer demokratischen Politik" heißt der aufschlußreiche Titel.

Der Inhalt hält, was die Umschlagseite verspricht. Bedoya denkt liberal, wendet sich gegen jede "totale Verstaatlichung der Wirtschaft," geht aber ebenso unbarmherzig mit dem Traditionalismus ins Gericht, der in den letzten Jahrzehnten Spaniens Politik so entscheidend beeinflusste. Bedoya glaubt an eine demokratische Zukunft Spaniens "im Rahmen einer demokratischen Gesellschaftsordnung" und macht Front gegen die sogenannte "organische Demokratie," die nur den Familienoberhäuptern das Stimmrecht zugesteht. Ebenso verurteilt er die Ansicht, die königliche Macht sei vom Volkswillen unabhängig - für wahr kühne Gedanken, die hier geäußert werden und völlig neue Perspektiven aufzeigen.

Die Tatsache, daß in Spanien heute solche Werke publiziert werden können, zeigt auch dem oberflächlichsten Betrachter, daß Spaniens Innenpolitik nach jahrzehntelanger Starrheit in Bewegung geraten ist.